



## Rückblick 2019 – ein Jahr im Zeichen der Digitalisierung

Das Jahr 2019 war geprägt von wichtigen Reformen und Entwicklungen im internationalen Finanz- und Steuerbereich. Die Digitalisierung wird immer mehr zum Haupttreiber von Innovation und Wachstum. Diese Entwicklung stellt auch für die Schweiz eine Herausforderung dar, welche Chancen und Risiken beinhaltet.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD arbeitet zurzeit an einer **Umgestaltung der internationalen Unternehmensbesteuerung**, die weit über das ursprüngliche Ziel der Besteuerung grosser internationaler Digitalfirmen hinausreicht. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an diesem Projekt, um ein Wirrwarr unilateraler Digitalsteuern mit unabsehbaren Folgen zu verhindern. Definitive Entscheide sollen Ende 2020 fallen. Es dürfte zu Verschiebungen der Gewinnbesteuerung zu Lasten von kleineren exportorientierten Volkswirtschaften kommen.

Als Reaktion auf die technologischen Entwicklungen im Finanzgeschäft gelten in der Schweiz seit Anfang 2019 erleichterte Bedingungen für **Fintech**-Firmen. Damit werden Markteintrittshürden gesenkt und Innovation gefördert. Zudem schlägt der Bundesrat dem Parlament Gesetzesänderungen vor, mit denen die Rahmenbedingungen für Firmen, die auf **Blockchain**-Technologie basieren, weiter verbessert werden. Für weltweite Schlagzeilen sorgte im Juni 2019 die Ankündigung von Facebook und weiteren Firmen, die an einen Währungskorb angebundene elektronische Währung namens **Libra** zu lancieren, verwaltet von einem Verein mit Sitz in Genf. Die Schweizer Behörden reagieren offen, betonen aber auch die Risiken, die international koordiniert anzugehen sind.

**Transparenz** wird in internationalen Finanz- und Steuerbeziehungen immer wichtiger. 2019 tauschte die Schweiz zum Beispiel Informationen über Steuervorbescheide international aus und im September wurden mit über 70 Partnerstaaten Kontodaten im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs übermittelt. Die Einhaltung des Amtshilfestandards zum Informationsaustausch auf Ersuchen wird regelmässig überprüft. 2019 prüfte das Global Forum die Schweiz; das Resultat soll im März 2020 vorliegen.

Auch bei der Bekämpfung von **Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung** bekennt sich die Schweiz zu internationalen Standards. Der Bundesrat hat am 26. Juni 2019 die Botschaft zur Verschärfung des Geldwäscherei-Gesetzes ans Parlament überwiesen.

Das Netz an **Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)** wurde 2019 um acht revidierte und neue Abkommen erweitert und umfasst über 100 Staaten. Nach fast zehnjähriger Blockade im US-Senat trat am 20. September 2019 zudem das revidierte **DBA mit den USA** in Kraft.

**Klimawandel und Nachhaltigkeit** haben nicht nur die politischen Kräfteverhältnisse verändert, sondern beeinflussen auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Bun-

desrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, bis im Frühjahr 2020 einen Bericht vorzulegen und bei Bedarf gesetzliche Anpassungen für die Offenlegung von Klima- und Umwelteinformationen für Finanzprodukte sowie treuhänderische Pflichten bei Klima- und Umweltrisiken zu prüfen.

Das **Verhältnis zur EU** bleibt für die Schweiz von grosser Bedeutung. In der Steuerpolitik konnte ein jahrelanger Dissens mit der EU 2019 bereinigt werden. Die EU würdigte die Schweizer Fortschritte bei der Umsetzung internationaler Standards und die Abschaffung mehrerer Steuerregimes im Rahmen der Unternehmenssteuerreform STAF und strich die Schweiz am 10. Oktober 2019 von der Beobachtungsliste. Hingegen weigert sich die EU vorläufig weiterhin, die Schweizer **Börsenaufsicht** als äquivalent zur EU-Regelung anzuerkennen, weshalb der Bundesrat seinerseits Schutzmassnahmen für den Schweizer Börsenplatz einführte.

Selbstverständlich beschränkt sich die Vertretung schweizerischer Interessen nicht auf Europa. Dies geschah 2019 im Rahmen des **Finance Track der G20** unter japanischer Präsidentschaft, im Internationalen Währungsfonds **IWF**, dem Financial Stability Board **FSB**, der **OECD**, dem Anti-Geldwäscherei-Gremium **GAFI/FATF** oder in einer Reihe von bilateralen Finanzdialogen oder bei Vor-Ort Besuchen von Finanzminister und Bundespräsident Ueli Maurer mit **Wirtschaftsdelegationen** (China, Golfregion, Kasachstan), immer mit dem Ziel, gute Rahmenbedingungen in der Schweiz zu propagieren und den **Marktzugang** in wichtigen Zielmärkten zu verbessern.

### Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen vertritt die Interessen der Schweiz in Finanz-, Währungs- und Steuerfragen gegenüber Partnerländern und internationalen Gremien. Es engagiert sich für gute Rahmenbedingungen, damit die Schweiz über einen sicheren, wettbewerbsfähigen und weltweit anerkannten Finanz- und Unternehmensstandort verfügt. Und es bemüht sich um den Zugang der schweizerischen Finanzwirtschaft zu ausländischen Märkten. Seit 1. März 2019 leitet Staatssekretärin Daniela Stoffel das SIF.



# Das Jahr 2019 im Überblick

## Besteuerung digitalisierte Wirtschaft

Am 31. Mai 2019 veröffentlichte die OECD ein Arbeitsprogramm zu den steuerlichen Herausforderungen der digitalisierten Wirtschaft. Es basiert auf zwei Säulen (Verschiebung der Gewinnbesteuerung in Marktstaaten und Mindestbesteuerungsregel). Im November und Dezember fanden dazu öffentliche Anhörungen statt. Das SIF engagiert sich in mehreren OECD-Arbeitsgruppen an der Ausarbeitung der Details.

## Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)

DBA vermeiden die Doppelbesteuerung von natürlichen und juristischen Personen. Sie sind ein wichtiges Element zur Förderung internationaler Wirtschaftsaktivitäten. Die Schweiz hat DBA mit mehr als 100 Staaten und baut dieses Netz weiter aus. Neu unterzeichnet wurden 2019 die Änderungsprotokolle mit Ukraine, Südkorea, Iran, Niederlande, Irland, Schweden, Norwegen, Neuseeland und Kuwait sowie das neue DBA mit Bahrain. In Kraft traten die Änderungsprotokolle mit Ecuador, UK und USA sowie das neue DBA mit Sambia.

## Verständigungsverfahren

Wenn trotz DBA eine Doppelbesteuerung eintritt oder droht, können in der Schweiz ansässige Steuerpflichtige beim SIF ein Verständigungsverfahren beantragen. Die meisten Verfahren betreffen europäische Staaten. Am 13. August 2019 hat die OECD den Bericht über die Einhaltung der Mindeststandards zu Streitbeilegungsmechanismen publiziert und dabei die Schweiz positiv beurteilt. Im Referenzjahr 2018 wurden in der Schweiz 220 internationale Verständigungsverfahren abgeschlossen.

## Internationale Standards im Steuerbereich

### Automatischer Informationsaustausch

Seit dem 1. Januar 2017 setzt die Schweiz den globalen Standard für den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) um. Ende September 2019 tauschte die Schweiz AIA-Daten mit 75 Staaten aus. Im Dezember 2019 stimmten die Eidgenössischen Räte einer Ausweitung auf weitere 18 Partnerstaaten zu.

### Spontaner Informationsaustausch

Seit 2018 tauscht die Schweiz gestützt auf das Amtshilfeübereinkommen Informationen über Steuervorbescheide (Rulings) im Rahmen des spontanen Informationsaustausches aus. Im Jahr 2019 hat für die Schweiz die erste Prüfung über den effektiven Austausch stattgefunden (Jahr 2018); es erfolgten rund 2500 Austausche über Steuervorbescheide mit anderen Ländern.

### Country-by-Country Reporting

Im Rahmen der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte hat sich die Schweiz verpflichtet, ab 2020 solche Berichte von multinationalen Unternehmen mit Partnerstaaten auszutauschen. 2019 fand der Austausch erneut auf freiwilliger Basis mit 44 Partnerstaaten statt.

## Überprüfung der Umsetzung von internationalen Steuerstandards

### Global Forum on Transparency and Exchange of Information

Das Global Forum sorgt dafür, dass die internationalen Standards hinsichtlich Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken auf internationaler Ebene eingehalten und einheitlich umgesetzt werden. 2019 hat das Global Forum die zweite Prüfungsrunde zur Umsetzung des Informationsaustauschs auf Ersuchen in der Schweiz durchgeführt. Das Ergebnis wird im Frühjahr 2020 vorliegen.

### Inclusive Framework on BEPS

Das Inclusive Framework on BEPS prüft insbesondere die Umsetzung der aus dem BEPS-Projekt hervorgegangenen Mindeststandards. 2019 wurde die Schweiz zum Austausch von länderbezogenen Informationen grosser internationaler Unternehmen (Country-by-Country-Reporting), zum spontanen Austausch von Informationen über Steuervorbescheide (Rulings), zu Streitbeilegungsmechanismen und zur Verhinderung von Abkommensmissbrauch geprüft und für gut befunden.

### BEPS-Übereinkommen

Mithilfe des BEPS-Übereinkommens können gewisse bestehende Doppelbesteuerungsabkommen an Empfehlungen aus dem BEPS-Projekt der OECD/G20 angepasst werden. Der Bundesrat hat das BEPS-Übereinkommen nach Genehmigung des Parlaments am 1. Dezember 2019 in Kraft gesetzt.

## EU-Steuerliste

Seit Ende 2017 führt die Europäische Union eine Liste nicht-kooperativer Länder für Steuerzwecke sowie eine Beobachtungsliste mit Drittstaaten, die zwar als kooperativ gelten, aber ihre Steuerregeln noch nicht vollständig an internationale und EU-Standards angepasst haben. Am 10. Oktober 2019 hat der EU-Ministerrat die Schweiz von der Beobachtungsliste gestrichen, da die Schweiz mit der am 19. Mai 2019 in einer Volksabstimmung angenommenen Unternehmenssteuerreform (STAF) mehrere nicht mehr international akzeptierte Steuerregimes abgeschafft und durch international kompatible Steuerregeln ersetzt hat.

## Sustainable Finance

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Arbeiten internationaler Finanzorganisationen und bemüht sich um eine sowohl national wie international kohärente Politik. Dazu gehört auch ein vertiefter Dialog mit der Branche zu Nachhaltigkeit im Finanzmarkt. Am 26. Juni 2019 hat der Bundesrat eine Arbeitsgruppe für nachhaltige Finanzmarktpolitik eingesetzt. Am 6. Dezember 2019 hat der Bundesrat in einer Aussprache seine Bemühungen bekräftigt. Im Oktober 2019 nahm Bundespräsident Ueli Maurer erstmals am Treffen der «Coalition of Finance Ministers for Climate Action» teil.

### **Integrität des Finanzplatzes**

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den internationalen Bemühungen gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Sie engagiert sich bei der Erarbeitung internationaler Standards in der Groupe d'Action Financière (GAFI/FATF) und setzt deren Empfehlungen um. Um bestimmte Empfehlungen aus dem Länderbericht 2016 umzusetzen, hat der Bundesrat am 26. Juni 2019 die Botschaft zur Änderung des Geldwäschereigesetzes zuhanden des Parlaments verabschiedet.

### **Fintech inkl. Distributed Ledger Technologie (DLT)**

Der Bundesrat will bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Schweiz als führender Standort für Fintech- und DLT-Unternehmen etablieren und weiterentwickeln kann. Am 1. Januar 2019 ist eine auf Fintech-Geschäftsmodelle zugeschnittene Bewilligungskategorie im Bankenrecht in Kraft getreten. Sodann hat der Bundesrat am 27. November 2019 die Botschaft zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für DLT/Blockchain verabschiedet.

### **Stabilität des Finanzplatzes**

Im Nachgang zur Finanzkrise hat die Schweiz viele internationale Standards zur Stärkung der Widerstandskraft von Banken umgesetzt. 2019 folgten weitere Schritte. Der Bundesrat stellte die Kapitalisierung der Stammhäuser der systemrelevanten Banken für den Krisenfall sicher und veröffentlichte den dritten Evaluationsbericht zu den systemrelevanten Banken.

### **Modernisierte Regulierung**

Mehrere Gesetzesprojekte befassten sich 2019 mit einer Modernisierung der Finanzmarktregulierung: So wurden das Finanzdienstleistungsgesetz FIDLEG und das Finanzinstitutsgesetz FINIG zusammen mit den in diesem Jahr erarbeiteten Verordnungen auf 2020 in Kraft gesetzt, womit die Schweiz über eine Finanzmarktregulierung auf internationalem Niveau verfügt. Zudem startete der Bundesrat die Vernehmlassung zur Einführung einer bewilligungsfreien Fondskategorie (L-QIF) und erliess erleichterte Kapitalanforderungen für bestimmte kleinere Finanzinstitute.

### **Börsenäquivalenz**

Die Europäische Union (EU) hat die auf den 30. Juni 2019 befristete Anerkennung der Gleichwertigkeit der schweizerischen Börsenregulierung nicht verlängert. Entsprechend aktivierte das EFD – gestützt auf die Verordnung über die Anerkennung ausländischer Handelsplätze für den Handel mit Beteiligungspapieren von Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz – die Massnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur mit Wirkung ab dem 1. Juli 2019.

### **Brexit**

Nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) werden die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU nicht mehr anwendbar sein. Die Schweiz hat deshalb im Kontext ihrer «Mind the gap»-Strategie eine Reihe neuer Abkommen mit dem UK abgeschlossen. Das am 25. Januar 2019 in Davos unterzeichnete Abkommen betreffend die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung stellt sicher, dass die heutigen Regelungen in diesem Bereich lückenlos weitergeführt werden.

### **Vertiefung der Beziehungen im Ausland**

Finanzdialoge und bilaterale Arbeitsbesuche dienen dazu, privilegierte Kontakte mit den in Finanz- und Steuerfragen involvierten Behörden wichtiger Partnerstaaten aufzubauen und zu pflegen und den Marktzutritt zu verbessern. 2019 fanden in diesem Rahmen Treffen mit Deutschland, Frankreich, Hong Kong, Indien, Italien, Japan, den Niederlanden, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, UK, USA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der EU statt. Zudem hat Bundespräsident Ueli Maurer 2019 Reisen in Begleitung von Finanz- und Wirtschaftsdelegationen nach China, in die Golfregion und nach Kasachstan unternommen.

### **Financial Stability Board (FSB)**

Das FSB koordiniert hauptsächlich die Arbeiten seiner Mitgliedstaaten sowie internationaler Gremien im Bereich der Finanzmarktregulierung und -aufsicht. Seit 2019 untersucht das FSB, ob internationale Standards dazu geführt haben, dass die internationalen Finanzmärkte weniger integriert sind. Parallel dazu analysiert das FSB die Risiken, die von Stablecoins für die Finanzmarktstabilität ausgehen können.

### **G20**

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer stösst auf globaler Ebene koordinierte Reformen an. Die Schweiz wird seit einigen Jahren zum Finance Track eingeladen, an dem Kernfragen zum globalen Finanz- und Wirtschaftssystem behandelt werden. 2020 wird Saudi-Arabien die G20 präsidieren. Das Land hat die Schweiz im Dezember 2019 eingeladen, 2020 an sämtlichen Gremien der G20 teilzunehmen.

### **Internationaler Währungsfonds (IWF)**

Hauptaufgabe des IWF ist die Gewährleistung der Stabilität des globalen Währungssystems. Dazu überwacht der IWF die Wirtschaftspolitik seiner Mitgliedsländer und gewährt Darlehen an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Die Schweiz hat ein Paket zur Beibehaltung der IWF-Gesamtmittel mitgetragen, welches eine Verdoppelung der sog. Neuen Kreditvereinbarungen und eine Reduktion der bilateralen Kredite vorsieht.





# Regulierungsprojekte 2019

## Finanzmarktregulierung

<b>Eigenmittelverordnung (ERV)</b>	Vereinfachungen für kleine Banken und Wertpapierhäuser, Kapitalisierung der systemrelevanten Banken	<u>Inkrafttreten</u> : 1.1.2020
<b>Liquiditätsverordnung (LiqV)</b>	Einführung einer Finanzierungsquote (Net Stable Funding Ratio; NSRF)	<u>Bundesratsbeschluss</u> : Verordnungsanpassungen Frühsommer 2020; geplantes Inkrafttreten Mitte 2021
<b>Bankengesetz (BankG)</b>	Überarbeitete Regeln zur Bankensanierung, Einlagensicherung und Segregierung von Bucheffekten	<u>Vernehmlassung</u> : 8.3. - 14.6.2019; Botschaft: Q2 2020
<b>Finanzdienstleistungsverordnung (FIDLEV), Finanzinstitutsverordnung (FINIV), Aufsichtsorganisationenverordnung (AOV)</b>	Ausführungsbestimmungen zum Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG: Erbringung von Finanzdienstleistungen) und Finanzinstitutsgesetz (FINIG: Aufsicht Finanzinstitute)	<u>Inkrafttreten</u> Bundesgesetze und Verordnungen: 1.1.2020
<b>Kollektivanlagengesetz (KAG)</b>	Schaffung einer neuen, nicht beaufsichtigten Fondskategorie ausschliesslich für qualifizierte Anleger (Limited Qualified Investor Fund; L-QIF)	<u>Vernehmlassung</u> : 26.6. - 17.10.2019; Botschaft: April 2020
<b>Versicherungsvertragsgesetz (VVG)</b>	Teilrevision. Ziel: Stärkung der Rechte der Versicherten	<u>Botschaft</u> : 28.6.2017; in <u>parlamentarischer Beratung</u>
<b>Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)</b>	Teilrevision. Regeln zur Sanierung von Versicherungsunternehmen, Einführung Kundenkategorisierung, Verhaltenspflichten für Versicherungsbranche	<u>Vernehmlassung</u> : 14.11.2018 - 28.2.2019; Botschaft: Q2 2020
<b>Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAV)</b>	Neue Verordnung zu Aufgaben der FINMA im internationalen Bereich und in der Regulierung, Regulierungsgrundsätzen und zu Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit dem EFD	<u>Inkrafttreten</u> : 1.2.2020

## Geldwäschereibekämpfung

<b>Geldwäschereigesetz (GwG)</b>	Umsetzung Empfehlungen der GAFI. Massnahmen für Berater, Finanzintermediäre, Edelmetall-, Edelsteinhandel; Transparenz von Vereinen	<u>Botschaft</u> : 26.6.2019; in <u>parlamentarischer Beratung</u>
----------------------------------	---	--

## Steuern

<b>Bundesgesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des Global Forum</b>	Inhaberaktien nur für börsenkotierte Gesellschaften oder als Bucheffekten ausgestaltet	<u>Inkrafttreten</u> : 1.11.2019
<b>Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAG)</b>	Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum zu den Schweizer AIA-Rechtsgrundlagen	<u>Botschaft</u> : 20.11.2019; geplantes Inkrafttreten Bundesgesetz und Verordnung: 1.1.2021
<b>Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich (StADG)</b>	Totalrevision. Kodifizierung der heutigen Praxis im internationalen Steuerrecht	<u>Vernehmlassung</u> : 13.12.19 - 27.3.2020

## Digitalisierung

<b>Bankengesetz (BankG) und Bankenverordnung (BankV)</b>	Neue Bewilligungskategorie für Fintechfirmen mit erleichterten Anforderungen	<u>Inkrafttreten</u> : 1.1.2019
<b>Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register</b>	Anpassungen in neun Bundesgesetzen, um die Rahmenbedingungen für Blockchain und verteilte elektronische Register (Distributed Ledger Technology; DLT) weiter zu verbessern	<u>Botschaft</u> : 27.11.2019